

Niedersachsen streicht Begriff „Integration“



Die niedersächsische

Landesregierung hat angekündigt, den Begriff „Integration“ nicht mehr verwenden zu wollen. Künftig solle statt dessen von einem „selbstverständlichen Anspruch auf Teilhabe und Partizipation“ gesprochen werden, sagte Sozialministerin Cornelia Rundt (SPD) nach Angaben der Nordwest-Zeitung.

Sie begründete dies mit der wachsenden „Vielfalt“ in Niedersachsen. Die zunehmende Einwanderung müsse „wie selbstverständlich mitgedacht werden“. Zugleich sprach sich die SPD-Politikerin für eine bessere „Willkommenskultur“ aus. Dies gelte besonders für Ausländerbehörden. Rundt kündigte an, den Anteil von Zuwanderern in der öffentlichen Verwaltung „deutlich“ erhöhen zu wollen. Derzeit gehe dort wertvolles Potential verloren.

Unterstützung bekam Rundt dabei vom Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration. Der Trend zu einer weiteren Zuwanderung nach Deutschland und Niedersachsen werde anhalten, sagte der wissenschaftliche Mitarbeiter des Sachverständigenrates, Marcus Engler. Der Glaube, daß vor allem eine Einwanderung in die Sozialsysteme stattfinde, stimme nicht. „Sozialtourismus ist nur ein Randphänomen.“ Engler rechnet künftig mit einem Anstieg der Einwanderung um zehn Prozent. (ho)

(Artikel erschienen in der Wochenzeitung „Junge Freiheit“)

Da müssen wir der SPD-Politikerin sogar zustimmen. Eine Integration bestimmter Ausländergruppen, oder besser gesagt Religionsgruppen findet tatsächlich nicht statt. Wenn man die in Deutschland im Sinne des angestammten Volkes nicht vorhandene Einwanderungspolitik beschreiben sollte, ist besser von „Landnahme, Okkupation oder Kolonisation“ die Rede.

Hier die Kontaktdaten für sachliche Leserbriefe:

Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie,
Gesundheit und Integration

Frau Cornelia Rundt

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 2

30159 Hannover

Telefon: (0511) 120-0

Fax: (0511) 120-4298

E-Mail: poststelle@ms.niedersachsen.de